

Vorlage für die Sitzung des Senats am 14.09.2021

„Illegales Glückspiel in Bremen“

Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)
der Fraktion der FDP
Frage L 3

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie wird bei einer Meldung oder Hinweisen auf illegales Glückspiel grundsätzlich vorgegangen und welche Sanktions- und Präventionsinstrumente sollen illegales Glückspiel verhindern?
2. Welche Veränderungen hinsichtlich illegalem Glückspiel wurden aufgrund der geschlossenen legalen Glücksspieleinrichtungen durch die Coronapandemie festgestellt und inwiefern hatte das ein verändertes Vorgehen bei Prävention und Sanktion zur Folge?
3. Inwiefern konnte Meldungen auf illegales Glückspiel im Zeitraum der Coronapandemie aus welchen Gründen nicht nachgegangen werden?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Wenn Hinweise nicht aus eigenen Kontrollen, sondern als Beschwerden bei den Polizei- oder Ordnungsbehörden oder bei der Gewerbebehörde eingehen, wird bei Beteiligung der Polizei in jedem Fall eine Erkenntnismitteilung im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus gefertigt, um nach Überprüfung gegebenenfalls Ermittlungsverfahren wegen unerlaubter Veranstaltung eines Glücksspiels gegen Veranstalter:innen bzw. Vermittler:innen einleiten zu können.

Soweit ein Verstoß gegen glücksspielrechtliche Vorgaben festzustellen ist, erfolgt die Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Zu Frage 2:

Während der Pandemie wurde beispielsweise festgestellt, dass in leerstehenden Räumlichkeiten, wie zum Beispiel ehemaligen Spielotheken oder ehemaligen Wettbüros, nächtlich ein Spielbetrieb erfolgte. Es gingen zudem Hinweise aus der Bevölkerung zu größeren Zusammentreffen bei der Polizei ein, denen umgehend durch den Einsatzdienst nachgegangen wurde. Dabei wurden auch konkrete Anhaltspunkte für illegales Glückspiel gewonnen und zur Sanktionierung Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Zu Frage 3:

Allen Meldungen wird durch eine entsprechende Überprüfung nachgegangen. Aufgrund der angespannten Personallage muss mitunter in Abhängigkeit vom Einsatzgeschehen eine Priorisierung erfolgen. Dabei wird eindeutigen, aktuellen Hinweisen Vorrang eingeräumt.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Männer und Frauen sind in gleicher Weise betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage wurde mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 09. August 2021 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.